

# WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Lieber Wahlkreis,

in der hinter uns liegenden Woche ereilte die Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz die traurige Nachricht vom Tod des ehemaligen Präsidenten des Landtages, Joachim Mertes, den ich in meiner ersten Zeit als Ministerin noch miterleben durfte. Joachim war nicht nur für die rheinland-pfälzische SPD über lange Jahre eine prägende, sondern als Parlamentspräsident ab 2006 auch eine über Parteigrenzen hinweg geschätzte Figur der rheinland-pfälzischen Politik. Sein Tod hat mich tief betroffen gemacht und meine tief empfundene Anteilnahme gilt seiner Familie und seinen Freunden. Die Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.



Ministerpräsidentin Malu Dreyer erreichte die traurige Nachricht auf ihrer Reise nach Israel und in die palästinensisch besetzten Gebiete – ihrer letzten im Amt der Bundesratspräsidentin, das sie turnusmäßig am 1. November an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, übergibt. Ich halte diese letzte Reise von Malu Dreyer für das richtige Zeichen: Denn nicht nur aufgrund der Krisen, Kriege und eines grassierenden islamistischen Extremismus rund um Israel, ist es wichtig zu betonen, dass das Existenzrecht Israels, der einzigen liberalen Demokratie im Nahen Osten, Teil der deutschen Staatsraison ist und bleibt. Sondern auch, weil in unserem Europa gerade vielfach versucht wird, rechte Parolen wieder salonfähig zu machen, ist es besonders wichtig, dass wir gerade aufgrund unserer historischen Verantwortung unsere Stimme erheben – gegen jeden Antisemitismus, für Toleranz, gegenseitigen Respekt und die Würde jedes Menschen. Das hat auch Malu Dreyer auf ihrer Reise sehr deutlich gemacht.

Euch allen einen guten Wochenstart – und viel Spaß beim Lesen!

Eure Sabine



# NEUER BUNDESTAG HAT SICH KONSTITUIERT

*Kontroverse Debatten bereits zu Beginn der neuen Wahlperiode*

Der 19. Bundestag ist am vergangenen Dienstag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengekommen. 709 Abgeordnete gehören dem neuen Parlament an, sechs Fraktionen und zwei fraktionslose Abgeordnete. 289 Parlamentarier sind zum ersten Mal ins Hohe Haus eingezogen.

Die Abgeordneten wählten den CDU-Politiker Wolfgang Schäuble zum neuen Bundestagspräsidenten. Bei 704 gültigen Stimmen erhielt er 501 Ja-Stimmen, 173 Nein-Stimmen und 30 Enthaltungen. Schäuble bezeichnete sich in seiner Dankesrede als „leidenschaftlicher Parlamentarier“, der sich dem kategorischen Imperativ von Immanuel Kant verpflichtet sieht. Der sei „eine gute Maxime für das repräsentative Bestreben des Parlaments“. Im Klartext: Jeder muss auf sein Handeln achten, denn Abgeordnete haben eine Vorbildfunktion. Zugleich sei demokratischer Streit notwendig, aber nach den Regeln der Mehrheitsentscheidung. Beschlüsse der Mehrheit müssten akzeptiert werden. Schäuble: „Das ist parlamentarische Kultur“.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist von Beginn an klar: Der Bundestag muss wieder ins Zentrum der Debatten rücken, er muss die Herzkammer der Demokratie sein. Carsten Schneider, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, warb am Morgen vor dem Plenum für einen Antrag der SPD-Fraktion, die Geschäftsordnung des Bundestages dahingehend zu ändern, die Regierungsbefragung und die Fragestunde zu modernisieren. Damit wäre Schluss mit von der Regierung festgelegten Themen und zuvor eingereichten Fragen. Die SPD-Abgeordneten fordern vielmehr, beides flexibler zu gestalten, öfter Ministerinnen und Minister zu befragen und insbesondere die Kanzlerin bzw. den Kanzler vier Mal pro Jahr direkt befragen zu können. Schneider dazu: „Frau Merkel, vier Mal im Jahr müssen Sie sich stellen.“

Zudem machte er deutlich, dass es die Abgeordneten sein müssen, die entscheiden, was sie die Regierung fragen. Schneider sagte das durchaus selbstkritisch, die SPD gehörte schließlich der letzten Regierung an. Fakt sei aber auch, dass der Politikstil Angela Merkels mit schuld daran sei, dass mit der AfD Rechtspopulisten in den Bundestag eingezogen seien.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der SPD, Linke und AfD von der sich anbahnenden „schwarzen Ampel“ aus Union, der FDP und den Grünen an den Ältestenrat überwiesen. Dort wird er weiter beraten.



# „UNVERBRÜCHLICHE FREUNDSCHAFT“

*Dreyer bereiste Israel und palästinensisch besetzte Gebiete*

„Deutsch-Israelische Freundschaft leben, Partnerschaften ausbauen“ – unter diesem Motto reiste Bundesratspräsidentin Malu Dreyer vom 21. bis zum 24. Oktober 2017 nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete. Höhepunkte der Delegationsreise waren Gespräche mit dem israelischen Staatspräsidenten Reuven Rivlin und dem israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu. Außerdem standen Treffen mit dem Sprecher des israelischen Parlaments, der Knesset, Yuli Edelstein sowie mit dem Ministerpräsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Rami Hamdalah auf der Tagesordnung der Reise.

Zum Abschluss der Israel-Reise besuchte Ministerpräsidentin Malu Dreyer langjährige Freunde: Givat Haviva, eine der ältesten und wichtigsten Friedensorganisationen in Israel. „Givat Haviva liegt im sogenannten arabischen Dreieck zwischen Israel und palästinensischem Autonomiegebiet. Unsere Freunde dort setzen sich schon seit der Staatsgründung Israels für die Versöhnung zwischen jüdischen und arabischen Israelis ein. Rhein-



land-Pfalz unterstützt die Friedensarbeit der Organisation seit 25 Jahren. Der Ansatz, dass dort jüdische und arabische K o m m u n e n zusammen geführt werden, überzeugt mich“, so Bundesratspräsidentin Malu Dreyer. „Wer gemeinsam zum Beispiel die Kanalisation organisiert, wird nicht mehr gegeneinander

kämpfen.“ Berührt habe sie, dass auf dem Campus von Givat Haviva für Rheinland-Pfalz sogar ein Olivenbaum gepflanzt worden sei. Es sei ihr wichtig, die Friedensbewegung zu unterstützen, betonte die Bundesratspräsidentin. Deshalb habe sie auch die sehr beeindruckenden Friedensaktivistinnen von „Women Wage Peace“ getroffen.

Am letzten Tag ihrer Reise nach Israel und in die palästinensischen Gebiete ist Bundesratspräsidentin Malu Dreyer mit dem israelischen Staatspräsidenten Reuven Rivlin und dem Sprecher des israelischen Parlaments, der Knesset, Yuli Edelstein, zusammengetroffen. Edelstein habe sie explizit auf das starke Abschneiden der AfD bei der Bundestagswahl angesprochen. „Ich habe ihm versichert, dass die Demokraten in Deutschland Populisten und Extremisten keinen Fuß breit Raum lassen werden. Dies gilt insbesondere in Bezug auf Antisemitismus und unsere unverbrüchliche Freundschaft mit Israel.“

Im Gespräch mit Staatspräsident Reuven Rivlin habe sie die Situation der Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen in Israel angesprochen, sagte die Bundesratspräsidentin. Die Einschränkungen für die wichtige Arbeit auch der deutschen politischen Stiftungen, die derzeit von den Regierungsparteien beraten würden, sehe auch der israelische Staatspräsident als Problem und schädlich für das Ansehen Israels als demokratisches Bollwerk in der arabischen Welt.

Erster hochrangiger Gesprächspartner von Bundesratspräsidentin Malu Dreyer zum Auftakt ihrer Reise war am Sonntag der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu. Bei dem gut einstündigen Treffen sicherte die Bundesratspräsidentin ihm eine weiterhin „unverbrüchliche Freundschaft“ Deutschlands mit Israel zu. Auf die Frage Netanyahus, ob Deutschland nach der Bundestagswahl seine Politik im Nahen Osten ändern werde, versicherte Bundesratspräsidentin Malu Dreyer, die Sicherheit Israels bleibe deutsche Staatsraison. „Ich habe aber auch deutlich gemacht, dass aus deutscher Sicht eine Zweistaatenlösung ein notwendiger Schritt auf dem Weg zum Frieden im Nahen Osten ist“, so die Bundesratspräsidentin.

In Jerusalem besuchte die Delegation am Montag die zentrale israelische Gedenkstätte Yad Vashem. Die Gedenkstätte habe bei ihr einen unauslöschlichen Eindruck hinterlassen, sagte die Bundesratspräsidentin: „Die schreckliche Geschichte der Shoa wird hier fassbar und greifbar.“ Yad Vashem gebe den unzähligen Opfern Name und Stimme. Im „Hain der Gerechten unter den Völkern“ ehrte Bundesratspräsidentin Malu Dreyer zwei Rheinland-Pfälzer: Josef Heinen und Sibylla Cronenberg, die jüdische Familien vor den Nationalsozialisten versteckten.

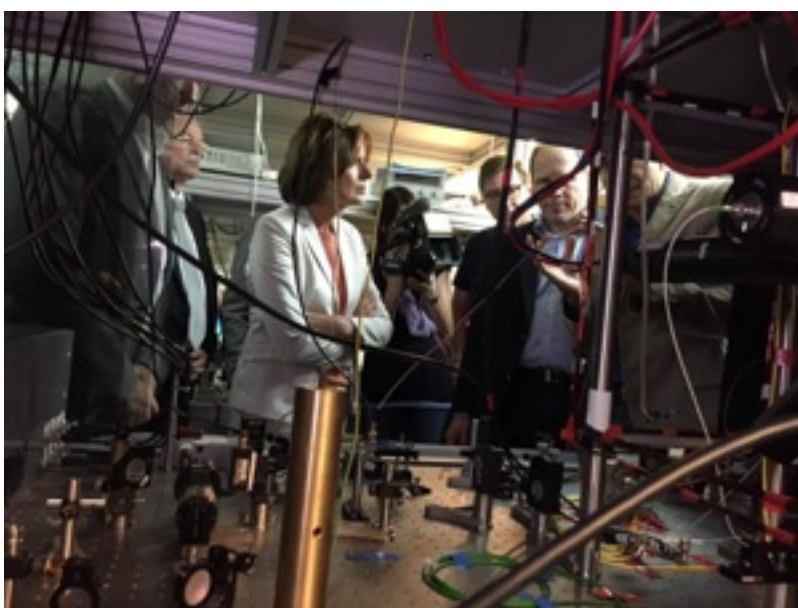
Anschließend traf die Bundesratspräsidentin mit dem Ministerpräsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde, Rami Hamdallah, zusammen. Auch ihm habe sie versichert, dass Deutschland sich weiterhin für eine Zweistaatenlösung einsetzen werde. „Ich habe auch deutlich gemacht, dass dafür die innerpalästinensische Versöhnung Voraussetzung ist, also die Aussöhnung zwischen Hamas und Fatah.“



Auch ein Gespräch mit einem Vertreter der Opposition auf palästinensischer Seite hatte die Bundesratspräsidentin eingeplant. Der Generalsekretär der Partei Al-Mubadara, Mustafa Barghouthi, habe dabei deutlich gemacht, dass unter dem Bruderkampf zwischen Hamas und Fatah vor allem die palästinensische Bevölkerung leide. Bundesratspräsidentin Malu Dreyer sagte dazu: „Die Notwendigkeit, die Zivilgesellschaft zu stärken, war unsere gemeinsame Überzeugung.“

Alle politischen Gesprächspartner hätten die große Bedeutung Deutschlands betont, so die Bilanz der Bundesratspräsidentin. „In allen Gesprächen haben wir außerdem über den weiteren Ausbau des Austauschs zwischen Israel und Rheinland-Pfalz gesprochen: in der Jugendbegegnung, bei den Schulen, den Hochschulen, der beruflichen Bildung und auch der Lehrerfortbildung. Rheinland-Pfalz hat 2016 eine entsprechende Vereinbarung mit dem deutschen Botschafter in Israel abgeschlossen.“

Neben den politischen Gesprächen war es Bundesratspräsidentin Malu Dreyer wichtig, rheinland-pfälzische Projekte in Israel zu besuchen. Dazu zähle die Kooperation der Universität Mainz mit der Ben Gurion Universität Be'er Scheva im Bereich der Quantenmechanik: „Universitätspräsident Krausch und der herausragende Physiker Schmidt-Kaler haben uns sehr eindrücklich gezeigt, wie erfolgreich diese Kooperation ist.“ Diese Forschung liefere wichtige Grundsteine zum Beispiel für Mikrochips.



Ebenfalls in der Negev-Wüste besuchte die Delegation ein Kooperationsprojekt mit der Universität Koblenz-Landau im Bereich des Abwassermanagements im Landwirtschaftssektor. Die Vizepräsidentin der Universität, Professor Dr. Gabriele Schaumann, sei für die langjährige Zusammenarbeit ein wichtiger Motor.

Bundesratspräsidentin Malu Dreyer war die erste hochrangige deutsche Politikerin in Israel und den palästinensischen Gebieten seit der Bundestagswahl. Dieses Reiseziel habe sie zum Abschluss ihrer Amtszeit als Bundesratspräsidentin sehr bewusst gewählt. Am 1. November gibt Malu Dreyer das Amt der Bundesratspräsidentin turnusgemäß ab.

# MINISTERINNEN BESUCHTEN KITA IN KIRCHEN

*Fachkräftemangel diskutiert – Augenmerk auf Sprachförderung*

Die Katholische Kindertagesstätte „St. Nikolaus“ erhielt jetzt prominenten Besuch aus der Politik. Mit der rheinland-pfälzischen Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig sowie Arbeits- und Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler waren gleich zwei Mitglieder der Landesregierung nach Kirchen gekommen. Beate Knuffmann als Vertreterin der Trägergesellschaft Katholische KiTa gGmbH Koblenz und Angelika Kromer als Gesamtleiterin der Einrichtungen im Dekanat Kirchen begrüßten gemeinsam mit Pfarrer Helmut Mohr die Gäste.



Das Rahmenleitbild katholischer Kindertagesstätten „Glauben und Leben verbinden“ diene als Wegweiser für die pädagogische Arbeit der Erzieherinnen. Es gehe darum, Kinder bei ihrer persönlichen Entwicklung zu begleiten und ihnen neue Lebensräume zu eröffnen. Dabei sei ein lebendiger Glaube tragendes Element, so Kromer bei der Vorstellung der Einrichtung. „Wir sind aber nicht zum missionieren da“, stellte sie zugleich klar. Die Einrichtung sei auch Kindern anderer Konfessionen und Kulturen offen. Gemeinsam werde gefeiert, gegessen und Gemeinschaft erlebt. Die Hoffnung sei, dass diese positiven Erfahrungen ins spätere Leben mitgenommen würden. Für den Zusammenhalt der Gesellschaft müsse der Blick auf Gemeinsamkeiten statt auf Unterschiede gelenkt werden, begrüßte Bätzing-Lichtenthäler das Konzept. „Kinder verschiedener Nationen und Glaubensrichtungen haben in dem Alter keine Berührungsängste“, so die Politikerin, die den Termin als Landtagsabgeordnete in ihrem Wahlkreis organisiert hatte.

Das Rahmenleitbild katholischer Kindertagesstätten „Glauben und Leben verbinden“ diene als Wegweiser für die pädagogische Arbeit der Erzieherinnen. Es gehe darum, Kinder bei ihrer persönlichen Entwicklung zu begleiten und ihnen neue Lebensräume zu eröffnen. Dabei sei ein lebendiger Glaube tragendes Element, so Kromer bei der Vorstellung der Einrichtung. „Wir sind aber nicht zum missionieren da“, stellte sie zugleich klar. Die Einrichtung sei auch Kindern anderer Konfessionen und Kulturen offen. Gemeinsam werde gefeiert, gegessen und Gemeinschaft erlebt. Die Hoffnung sei, dass diese positiven Erfahrungen ins spätere Leben mitgenommen würden. Für den Zusammenhalt der Gesellschaft müsse der Blick auf Gemeinsamkeiten statt auf Unterschiede gelenkt werden, begrüßte Bätzing-Lichtenthäler das Konzept. „Kinder verschiedener Nationen und Glaubensrichtungen haben in dem Alter keine Berührungsängste“, so die Politikerin, die den Termin als Landtagsabgeordnete in ihrem Wahlkreis organisiert hatte.

Besonderes Augenmerk legt die Kita auf den Bereich der Sprachförderung. Dabei setzt man auf das System der „alltagsintegrierten Sprachbildung“. Alle Kinder würden von Beginn an gemäß ihrer persönlichen Interessen und Grundlagen in ihrer sprachlichen Entwicklung unterstützt. Das könne beispielsweise durch gemeinsame Gespräche, Lieder singen oder Spielsituationen erfolgen, erklärte die zuständige Erzieherin Bärbel Bettinger. Leider stünden dafür zurzeit nur drei Stunden pro Woche zur Verfügung. „Sprachkompetenz ist die zentrale Voraussetzung für den späteren Erfolg in der Schule und Ausbildung“, bestätigte Bildungsministerin Dr. Hubig, die den Wunsch nach einer Ausweitung der Sprachförderung mitnahm.

Auch der Fachkräftemangel wurde thematisiert. Weil der Bedarf nach Kita-Plätzen weiter steige, würden Erzieherinnen und Erzieher dringend gesucht. Gerade der Bereich der frühkindlichen Erziehung zeichne sich durch einen sehr starken Frauenanteil und überdurchschnittlich hohe Teilzeitquoten aus. Der Arbeitsmarkt müsse für Akademiker attraktiver werden und bessere berufliche Entwicklungsperspektiven bieten, lauteten einige Lösungsansätze. Solche Informationen aus erster Hand seien gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Novellierung des Kindergartengesetzes eine wertvolle Orientierungshilfe, erklärte Hubig, die sich auch im Namen ihrer „Kollegin“ Sabine Bätzing-Lichtenthäler für den überaus herzlichen Empfang in der Katholischen Kindertagesstätte bedankte.

## FÖRDERMITTEL AUS MAINZ FÜR WASSERWIRTSCHAFTLICHE MASSNAHMEN IM KREIS

*Zuwendungen in Höhe von rund 450.000,00 Euro bewilligt*

Für die Neuverlegung einer Wassertransportleitung vom Hochbehälter Dauersberg bis zum Wasserzählerschacht in Steineroth hat das Land eine Zuwendung in Höhe von 444.800 Euro bewilligt. Die Nachricht erhielten die Landtagsabgeordneten Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Heijo Höfer jetzt auf Nachfrage aus dem Mainzer Umweltministerium. Wie die SPD-Politiker mitteilen, soll mit der neuen Transportleitung die Wasserversorgung für den Bereich Betzdorf sichergestellt werden. Ein Viertel der Fördersumme erhält die Verbandsgemeinde Betzdorf-Gebhardshain als Zuweisung. Der Rest wird als Darlehen aus dem Zinszuschussprogramm gewährt. Die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben für den aktuellen Finanzierungsabschnitt belaufen sich auf 556.000,00 Euro.



Ein weiterer Zuwendungsbescheid in Höhe von 9.110,00 Euro ist an die Verbandsgemeine Flammersfeld gegangen. Für die Ortslage Flammersfeld soll ein umfassendes Kanalsanierungskonzept erstellt werden. Dort seien zwar in der Vergangenheit bereits einige Kanäle ausgetauscht worden. Die Befahrungen wären bislang aber nur bruchstückhaft erfolgt.

## ZUM TODE VON JOACHIM MERTES

*Rheinland-Pfalz nimmt Abschied von prägendem Landespolitiker*

Zum Tode des ehemaligen Landtagspräsidenten Joachim Mertes kondoliert der SPD-Landesvorsitzende Roger Lewentz: „Mit Joachim Mertes geht ein Mann, der die rheinland-pfälzische Sozialdemokratie über viele Jahre hinweg geprägt hat. Sein landespolitisches Wirken war dabei nie losgelöst vom großen Ganzen, sondern ging bei ihm immer einher mit der kommunalen Politik vor Ort und dem Blick in die Welt.“

„In Joachim Mertes Brust schlugen zwei Herzen zeitgleich. Das Herz des großen Frankreichfreundes und Präsidenten des Partnerschaftsverbandes Rheinland-Pfalz/Burgund, dem es an Wertschätzung für das vereinte Europa niemals mangelte und das Herz des Hunsrückers, dem seine Heimat nie nur bloßer Wohnort war“, so Lewentz.

„Als sein Stellvertreter in der Landtagsfraktion habe ich fünf Jahre lang besonders eng und sehr vertrauensvoll mit Joachim Mertes zusammengearbeitet. Dabei habe ich ihn nicht nur als entscheidungsfreudigen Politiker, sondern auch als Mann der klaren Worte kennengelernt.“

Joachim Mertes war ein leidenschaftlicher Redner mit einem feinen Gespür für geschichtliche Zusammenhänge. In seiner Zeit als Landtagspräsident legte er ein besonderes Augenmerk darauf, die Demokratie für die Menschen im Land erlebbar zu machen. Es war ihm ein besonderes Anliegen, dass das umgebaute Deutschhaus auch künftige Generationen nah an der Landespolitik teilhaben lässt.

Der SPD-Landesverband Rheinland-Pfalz trauert nicht nur um ein Mitglied, das fast 50 Jahre lang der Partei die Treue hielt. Mit Joachim Mertes geht ein Freund und langjähriger Weggefährte, den wir in ehrender Erinnerung behalten.“





## AUCH MINISTERPRÄSIDENTIN DREYER WÜRDIGT MERTES

Mit großer Betroffenheit und Trauer hat auch Ministerpräsidentin Malu Dreyer auf den Tod des früheren rheinland-pfälzischen Landtagspräsidenten Joachim Mertes reagiert. „Wir verlieren mit Joachim Mertes einen Vollblutpolitiker, der sich mit ganzer Kraft für die Menschen eingesetzt hat. Er war 33 Jahre Parlamentarier mit Leib und Seele. Davon hat er zehn Jahre als Landtagspräsident die Landespolitik in herausragender Weise geprägt“, so die Ministerpräsidentin.

Seine Reden seien substanziell und voller Durchdringungskraft gewesen, sein Politikstil unverkennbar und unverwechselbar. „Joachim Mertes war ein kritischer Kopf, der sich nicht davor gescheut hat, eine



klare Kante zu zeigen. Das Parlament war für ihn ein lebendiger Ort der Begegnung“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer. In seiner Zeit als Parlamentarier sei es Joachim Mertes ein besonderes Anliegen gewesen, die Partnerschaftsbeziehungen zu den europäi-

schen Nachbarn zu pflegen. Als leidenschaftlicher Europäer habe er Brücken gebaut und sich insbesondere um die rheinland-pfälzischen Partnerregionen große Verdienste erworben.

„Wir trauern mit seiner Familie und seinen Freunden um einen großartigen Menschen und Politiker. Seine Lebensleistung wird für immer in dankbarer Erinnerung bleiben“, so Dreyer.